

Unbehagen auf der Wohlstandsinsel

Entgegen dem weit verbreiteten Eindruck hat die soziale Ungleichheit in der Schweiz kaum zugenommen. Zwei Kantone tanzen allerdings aus der Reihe: In Schwyz und Zug klaffen die Einkommensunterschiede inzwischen so stark auseinander wie in Mexiko.

Von Ben Jann

Geld – in Form von Einkommen und Vermögen – ist eine der wichtigsten Dimensionen von Ungleichheit in kapitalistischen Gesellschaften. Zwar mag man einwenden, nicht alles sei käuflich und Geld alleine mache nicht glücklich. Trotzdem hängt der individuell realisierbare Lebensstandard ganz zentral von der Menge an Geld ab, die einem zur Verfügung steht.

Am unmittelbarsten zeigt sich diese Abhängigkeit bei der Versorgung mit materiellen Konsumgütern: Mit mehr Geld kann man sich mehr kaufen. Aber auch viele weitere Merkmale der Lebenslage werden durch Einkommen und Vermögen stark beeinflusst, etwa die Qualität der Wohnsituation, die Teilhabe am kulturellen Leben, die Gestaltung von Ferien und Freizeit sowie die physische und psychische Gesundheit. Sogar Freunde kann man sich vermutlich ein Stück weit «kaufen». Dies zeigen Studien, die den Zusammenhang zwischen der finanziellen Situation und der Einbindung in soziale Netzwerke sowie allgemein der Integration in die Gesellschaft untersuchen.

Zufrieden ist, wer im Vergleich gut mithalten kann

Nicht nur die absolute Höhe des zur Verfügung stehenden Einkommens und Vermögens ist dabei wichtig, sondern auch die relative Position, die man im gesellschaftlichen Gefüge einnimmt. Mit zunehmendem Wohlstand steigen die Ansprüche. Das heisst, man orientiert sich bei der Definition dessen, was einen angemessenen Lebensstandard ausmacht, an dem, was in einer Gesellschaft als typisch oder normal gilt. Entsprechend steigt mit zunehmendem Wohlstand das soziale Existenzminimum, also das mindestens benötigte Einkommen, um in einer gegebenen Gesellschaft ein zumutbares Leben führen zu können.

Das menschliche Wohlbefinden wird also stark durch Vergleichsprozesse beeinflusst: Menschen bilden ihre Erwartungen, Wünsche und Bedürfnisse zumindest teilweise durch den Vergleich mit anderen Menschen in ihrer Gesellschaft. Steigende Ungleichheit

hat zur Folge, dass die Ansprüche und die eigenen Möglichkeiten, diese Ansprüche zu erfüllen, für immer mehr Menschen immer weiter auseinanderklaffen.

Die Wohlstandsexplosion der Nachkriegszeit

Wie die anderen westlichen Industrienationen hat die Schweiz in den goldenen Jahren zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Ölkrise Mitte der 1970er-Jahre einen historisch einmaligen Wohlstandsschub erfahren: Die Wirtschaft wuchs kräftig, die Reallöhne stiegen stark. Die gesamte Gesellschaft befand sich sozusagen in einem Fahrstuhl nach oben. Mit jedem Jahr ging es allen etwas besser, es herrschte Vollbeschäftigung und man musste sich um die berufliche Karriere und die finanzielle Zukunft kaum Sorgen machen.

Natürlich gab es auch in dieser Zeit soziale Ungleichheiten und manche profitierten mehr vom Wachstum als andere. Die Ungleichheiten wurden aber nicht als grosses Problem wahrgenommen und kaum thematisiert. Auch herrschte im Fahrwasser der in der Soziologie damals tonangebenden Schichttheoretiker die Auffassung, dass ein gewisses Mass an Ungleichheit durchaus «funktional» sei – im Sinne eines Anreizsystems – und somit letztlich allen zugute komme.

Zudem gibt es Hinweise, dass parallel zum Anstieg des Wohlstandsniveaus die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Nachkriegszeit rückläufig war. Es scheint also einen doppelten Gewinn für die Gesellschaft gegeben zu haben: mehr Wohlstand für alle und zusätzlich eine gerechtere Verteilung. Seit Mitte der 1970er-Jahre ist jedoch eine Trendwende zu erkennen. Das Wachstum von Wirtschaft und Reallöhnen flachte deutlich ab (wenn es auch nach wie vor mehrheitlich positiv war). Insbesondere die USA waren geprägt durch den sogenannten «Great-U-Turn», einen starken Wiederanstieg der Einkommensungleichheit in den 1980er-Jahren. Dieser wurde hauptsächlich durch das Wachstum des Dienstleistungssektors,

den raschen technologischen Wandel und die sich ausbreitende Globalisierung erklärt. In der Schweiz war der Great-U-Turn zwar nicht oder zumindest sehr viel weniger ausgeprägt zu spüren (die spärlich verfügbaren Zahlen geben hier keine klaren Antworten) – aber plötzlich wurden Phänomene wie Arbeitslosigkeit, Karriereunsicherheit und mangelnde Sicherung der Altersvorsorge zu realen Problemen. Mit diesen Sorgen rückte auch die Frage der Ungleichheit wieder in den Vordergrund.

Die neue Angst vor Ungleichheit

Eine Kaskade von Wirtschafts- und Finanzkrisen in den 1980er-, 1990er- und den 2000er-Jahren führte zu steigender Verunsicherung und gleichzeitig zum Eindruck, dass Ungleichheiten wieder stärker zunehmen würden. In einer für die Deutschschweiz repräsentativen Bevölkerungsumfrage Anfang 2007 habe ich die Frage gestellt, wie sich die Schere zwischen Arm und Reich nach Meinung der Befragten in den nächsten zehn Jahren entwickeln wird. Das Verdikt war eindeutig: Eine überwältigende Mehrheit von fast 90 Prozent der Befragten war der Meinung, dass die Ungleichheiten zunehmen werden; 50 Prozent gingen gar von einem starken Anstieg aus.

Aber nicht nur wird befürchtet, dass sich der Abstand zwischen den gesellschaftlichen Schichten weiter vergrössert, sondern auch die Legitimität von Ungleichheit wird zunehmend in Frage gestellt. In der erwähnten Umfrage waren beispielsweise 90 Prozent der Befragten der Meinung, dass sich Managerlöhne im Millionenbereich nicht rechtfertigen lassen. Ausdruck der Empörung über die bestehenden Ungleichgewichte sind ferner auch aktuelle Volksbegehren wie die Initiative «gegen die Abzockerei» oder die 1:12-Initiative.

Aber wie sieht es nun tatsächlich aus mit der Entwicklung ökonomischer Ungleichheit in der Schweiz? Die Frage lässt sich gar nicht so einfach beantworten, wie etwa die kürzlich in den Medien ausgetragene Kontroverse zwischen dem Wirtschaftsdachverband

Veränderung der Einkommensungleichheit in der Schweiz (1995/96 bis 2008)



In der Schweiz herrscht bei den Einkommen mittlere Ungleichheit: In der Skala von 0 (völlige Gleichheit) bis 1 (maximale Ungleichheit) liegen die Werte zwischen 0,27 (für den Kanton Uri) und 0,48 (für den Kanton Zug). Die Pfeile zeigen die Veränderungen in den einzelnen Kantonen (Pfeil nach oben: zunehmende Ungleichheit; Pfeil nach unten: abnehmende Ungleichheit).

Economiesuisse und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund illustriert. Durch geschickte Auswahl punktueller Ergebnisse findet man meistens Argumente, dass die Ungleichheit zunimmt oder eben nicht. Systematische, differenzierte und wertneutrale Analysen sind hingegen selten.

Die sinnvollste Grösse, um das Wohlstandsniveau einer Person oder eines Haushalts zu beurteilen, ist das sogenannte «verfügbare Äquivalenzeinkommen». Hier wird berücksichtigt, dass Haushalte je nach Zusammensetzung ein unterschiedliches Einkommen benötigen, um den gleichen Lebensstandard zu erreichen. Das Ausmass an Ungleichheit kann zum Beispiel mit dem sogenannten «Gini-Koeffizienten» gemessen werden. Dabei handelt es sich um eine auf den Wertebereich von 0 bis 1 normierte Masszahl: Wert 1 bedeutet maximale Ungleichheit, Wert 0 entspricht einer Situation, in der alle gleich viel haben. Entgegen den allgemeinen Vorstellungen zur Entwicklung der Ungleichheit berichtet das Bundesamt für Statistik auf Grundlage der Haushaltsbudgeterhebung, dass der Gini-Koeffizient der verfügbaren Äquivalenzeinkommen zwischen 1998 und 2008 sogar leicht *abgenommen* hat (von 0.29 auf 0.27). Von einer Zunahme ökonomischer Ungleichheit kann also insgesamt nicht die Rede sein.

Enorme kantonale Unterschiede

Das Ergebnis bedeutet jedoch nicht, dass keine Veränderungen in den Ungleichheitsstrukturen stattgefunden hätten. Beispielsweise lassen sich Hinweise finden, dass die Top-Löhne in der Tat in den letzten Jahren überproportional zugelegt haben. Zudem scheinen starke regionale Unterschiede zu bestehen. In der Grafik auf dieser Seite ist die Veränderung der Einkommensungleichheit für die Schweizer Kantone dargestellt (berechnet auf Basis klassierter Steuerdaten



Dorfbild und soziales Gefüge ändern sich, wenn ein Kanton mit tiefen Steuersätzen Topverdiener anlockt. Hier in Wollerau im Kanton Schwyz.

der Eidgenössischen Steuerverwaltung). Der Ausgangspunkt eines Pfeiles entspricht dem Gini-Koeffizienten für die Steuerperiode 1995/96, das Pfeilende markiert den Gini-Koeffizienten im Jahr 2008. Zeigt ein Pfeil nach oben, bedeutet dies, dass die Ungleichheit im entsprechenden Kanton zugenommen hat, bei einem Pfeil nach unten liegt eine Reduktion der Ungleichheit vor.

Insgesamt ist in diesen Daten – die mit den Angaben des Bundesamts für Statistik nicht vollständig vergleichbar sind – eine leichte Zunahme der Ungleichheit in der Schweiz zu erkennen (Pfeil ganz rechts). Wichtiger ist jedoch der Befund, dass die Entwicklung in den Kantonen sehr unterschiedlich verläuft. Während in einigen Kantonen keine grosse Veränderung oder sogar eine leichte Abnahme der Ungleichheit zu verzeichnen ist, gibt es auch Kantone wie Schwyz oder Zug, die durch einen enormen Ungleichheitsschub geprägt sind. Die Veränderungen in diesen Kantonen, die vor dem Hintergrund des grassierenden Steuerwettbewerbs zur Anlockung von Topverdienern kaum erstaunen, sind substantiell. Während die Schweiz als Ganzes ein Land mit mittlerer Lohnungleichheit ist, entsprechen die

Verhältnisse in Zug und Schwyz unterdessen einem Land mit grosser Lohnungleichheit wie zum Beispiel Mexiko. Bei der Ungleichheit der Vermögensverteilung hingegen nimmt die Schweiz als Ganzes einen weltweiten Spitzenplatz ein.

Berner Forscher schliessen Lücke

Auch wenn die Einkommensungleichheit in der Schweiz entgegen der allgemein verbreiteten Auffassung also insgesamt nicht stark angestiegen ist, so erscheint es doch wichtig, die Veränderung einer differenzierten Betrachtung zu unterziehen. Von einem systematischen Überblick über die Veränderungen und deren Erklärung ist man in der Forschung zurzeit leider noch weit entfernt. Um diese Lücke zu schliessen, wurde kürzlich am Institut für Soziologie der Universität Bern ein Kooperationsprojekt mit der Berner Fachhochschule angestossen. Das Ziel ist, die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit seit 1970 anhand von kantonalen Steuerdaten detailliert zu erforschen.

Kontakt: Prof. Dr. Ben Jann, Institut für Soziologie, ben.jann@soz.unibe.ch